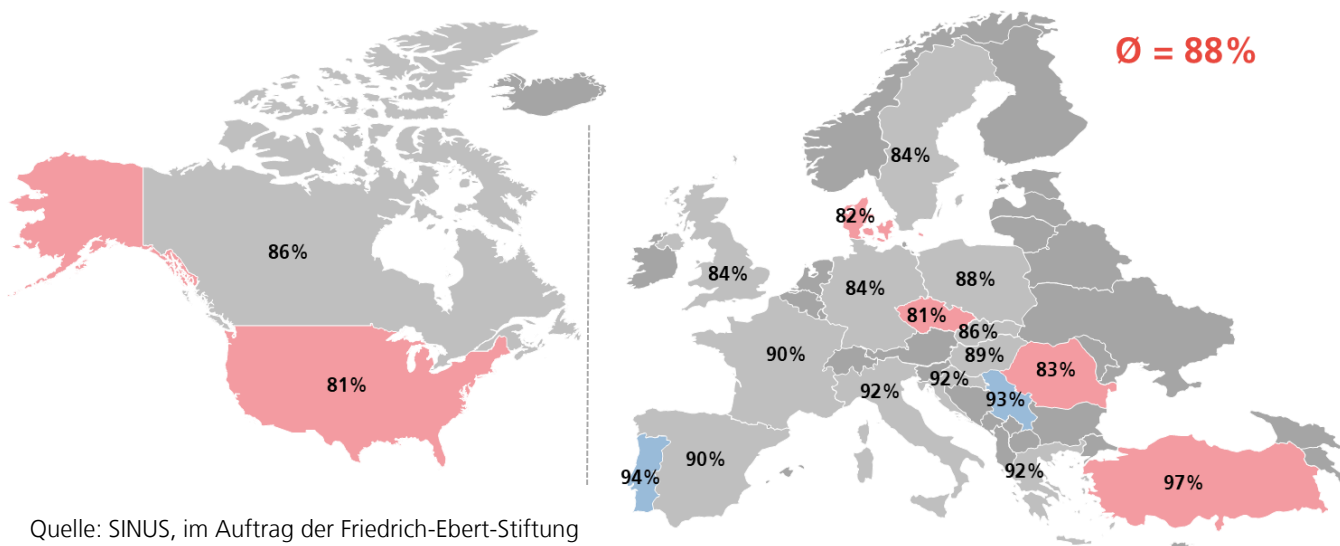


Den klimaneutralen Wandel sozial gerecht gestalten.

Die Ergebnisse der FES-Bevölkerungsbefragung in 19 Ländern zeigen, dass Klimapolitik durchaus einen hohen Stellenwert für Bürger*innen in Europa und Nordamerika hat. Gleichzeitig nährt die Vorstellung eines grundlegenden Wandels der Wirtschafts- und Lebensweisen wachsende Abstiegsängste. An der Frage der gerechten Verteilung von Lasten und Kosten des Umbaus führt kein Weg vorbei, will man skeptische bis ablehnende Gruppen einbeziehen bzw. ihre Strahlkraft in die Mitte der Gesellschaft hinein begrenzen.

Ich wäre bereit, mehr für den Umwelt- und Klimaschutz zu tun, wenn die dabei entstehenden Kosten sozial gerecht verteilt werden.

„stimme voll und ganz / eher zu“



Quelle: SINUS, im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung

Klarer Auftrag für soziale Ausgestaltung

Groß sind die Sorgen um die Auswirkungen auf die soziale Balance. „Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz sind sozial ungerecht, da sie vor allem Geringverdienende belasten“ – hier stimmen 90% der Befragten zu. Die Milieus mit niedrigerem sozialem Status stimmen signifikant häufiger zu. Wiederum 90% stimmen der Aussage zu, die Politik müsse sich viel stärker um eine sozial gerechte Ausgestaltung des Wandels unserer Wirtschafts- und Lebensweisen kümmern. Billig ist das nicht zu haben: 87% der Befragten befürworten, dass Personen mit niedrigem Einkommen finanziell stärker unterstützt werden sollten, wenn wegen Klimaschutzmaßnahmen die Kosten für Strom und Wärme oder Mobilität steigen. Am höchsten sind diese Werte in Südosteuropa. Bei aller Zustimmung zu einer ambitionierten Klimapolitik ist gleichzeitig die Sorge groß, dass die soziale Gerechtigkeit dabei ins Hintertreffen gerät. Den Verlust tradierter Lebensformen befürchten im Übrigen keineswegs nur die Milieus des unteren sozialen Status. Auch in den mittleren sozialen Milieus wird der Umbau als Bedrohung des erreichten Lebensstandards empfunden. Dies gilt umso mehr dort, wo sich Ungleichheiten ballen.

INFOS ZUR STUDIE

- Standardisierter Online-Survey in 19 Ländern zwischen April-Juli 2023
- Befragte Bevölkerung zwischen 18-69 Jahren
- Gesamte Basis sind 22.823 Fälle. Mindestens 1200 Fälle pro Land

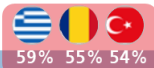
Der vollständige Methodenbericht und Beispiele finden Sie auf der Website.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass es eine große Zustimmung zu der Aussage gibt, dass die Politik den Wandel sozial gerechter ausgestalten muss. Bemerkenswert ist, dass wir einen Unterschied zwischen den europäischen Ländern gibt. Während in Italien nur die Hälfte der Bevölkerung zustimmt, dass Klimamaßnahmen sozial ungerecht sind, finden das in Frankreich 71% der Befragten.



Personen mit niedrigem Einkommen sollten finanziell stärker unterstützt werden, wenn wegen Klimaschutzmaßnahmen die Kosten für Strom und Wärme oder Mobilität steigen.

46%



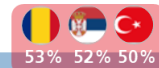
Die Politik müsste sich viel stärker um eine sozial gerechte Ausgestaltung des Wandels unserer Wirtschafts- und Lebensweisen kümmern.

43%



Wir brauchen einen konsequenteren Umstieg auf erneuerbare Energien.

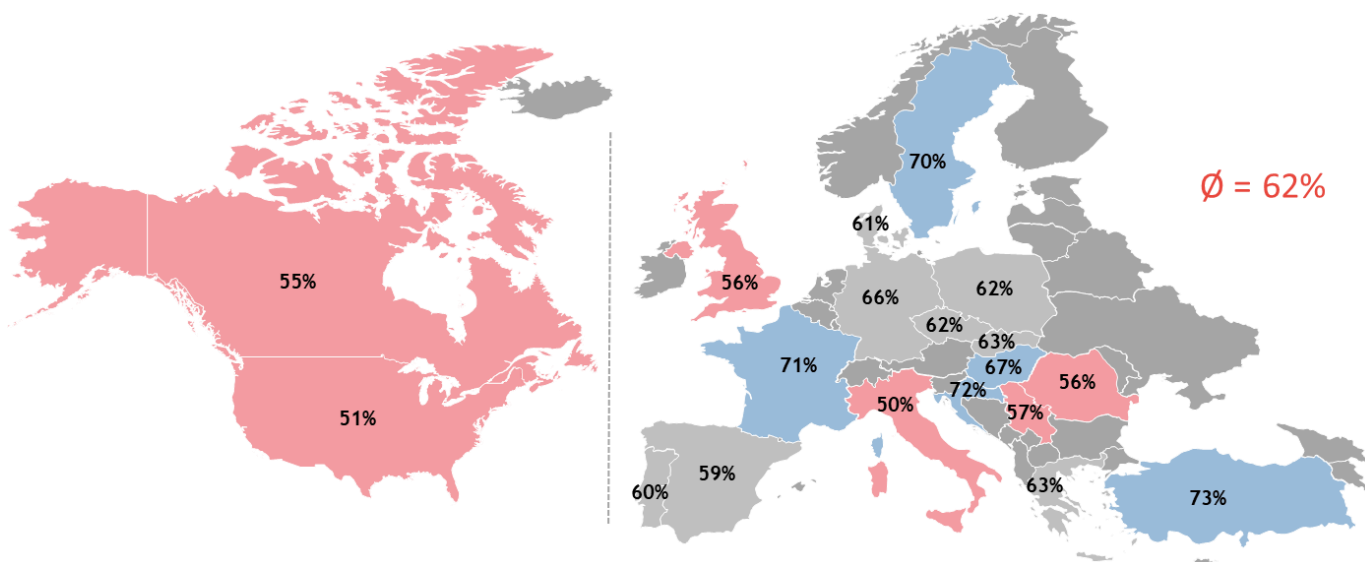
42%



Es sollte Förderprogramme geben, die Unternehmen beim Umstieg auf klimafreundliche Produktionsverfahren und Produkte unterstützen.

40%

Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz sind sozial ungerecht, da sie vor allem Geringverdiener belasten.
„stimme voll und ganz / eher zu“



Quelle: SINUS, im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

- Um sozial gerechte Klimapolitik umzusetzen, ist die Frage der **gerechten Verteilung von Lasten** und Kosten von zentraler Bedeutung. Nur so lassen sich soziale Barrieren überwinden und gesellschaftliche Konflikte gering halten.
- Wichtig ist die **differenzierte Einforderung persönlicher Anstrengungen**. Gutsituierte Milieus verursachen in aller Regel deutlich mehr Emissionen. Dieser Umstand ist den Milieus des niedrigeren sozialen Status' überaus bewusst. Entsprechend genau wird verfolgt, ob finanzstärkere Gruppen und Bildungseliten tatsächlich ihren gerechten Anteil leisten.
- Um dem Eindruck vorzubeugen, der ländliche Raum müsse einseitig die Folgen und Kosten der Energiewende schultern, ließe sich zum Beispiel der Ausbau erneuerbarer Energien in **urbanen Regionen vorantreiben**.

Friedrich-Ebert-Stiftung | Abteilung Internationale Zusammenarbeit

Ansprechperson in der FES: Claudia Detsch, Leiterin Kompetenzzentrum Klima und soziale Gerechtigkeit

Claudia.Detsch@fes.de, Tel. +32 470 70 46034

17. April 2024, CC BY-SA 4.0 | Das Factsheet basiert auf Informationen aus der Publikation „Des Klimas Gretchenfragen“

